

# **KuB** Kontakt- und Beratungsstelle für Geflüchtete und Migrant\*innen e.V.

## **Newsletter, März 2026**

**Liebe Unterstützer\*innen,**

**liebe Mitstreiter\*innen,**

**liebe KuB-Interessierte,**

die schlechten Nachrichten aus der Asyl- und Migrationspolitik reißen leider nicht ab. Die neuesten Vorstöße der Bundesregierung: die Beendigung des Bundesprogramms zur behördenunabhängigen Beratung von Menschen im Asylverfahren und die Beendigung der Zulassung zu Integrationskursen für Menschen, die sie freiwillig besuchen. Das ist zwar von einer Regierung, deren asyl- und migrationspolitische Strategie darin besteht, rechtswidrig innereuropäische Grenzen zu schließen, nicht sehr überraschend. Deshalb ist es jedoch nicht weniger erschreckend.

Der asylpolitische „Rechtsstaat“ baut darauf auf, dass er einigermaßen faire Verfahren ermöglicht. Das geht aber nur, wenn Asylsuchende die Möglichkeit haben, sich unabhängig zu informieren. Diese Möglichkeit nicht zu gewährleisten bedeutet Asyl weiter einzuschränken.

Ein funktionierendes Gemeinwesen baut darauf auf, dass Menschen die in ihm wohnen, Möglichkeiten der Teilhabe erhalten. Zugang zu Sprache einzuschränken bedeutet Barrieren für Menschen, die sich beteiligen wollen und - eigentlich wichtig für Parteien, die immer auf die Wirtschaft pochen - ungenutzte Ressourcen und erwartbare Folgekosten.

Wie immer fangen Einrichtungen wie die KuB diese Rechtswidrigkeiten und Kurzsichtigkeit in Teilen auf, das aber selbstverständlich nicht ansatzweise vollständig. Wenn ihr uns dabei unterstützen mögt, wissen wir das sehr zu schätzen:

---

Spendenkonto:

KuB e.V.

GLS-Bank

IBAN: DE70 4306 0967 1150 4052 02

BIC: GENODEM1GLS

---

## [Aktuelles aus der KuB]

### # Aktuelle Beratungssituation

Aktuell beschäftigen uns nicht nur mehr Fälle mit extrem kurzen Fristen. Wir merken auch, dass die Fälle komplexer und die Ratsuchenden nicht selten auch verzweifelter werden. Über den Winter war Prekarität im Aufenthaltstitel sehr häufig verbunden mit sozialen Extremsituationen durch schlechte Ausstattung, mangelhafte Unterbringung und vieles mehr.

Weiterhin kommen viele Ratsuchende aus Afghanistan, Iran, Syrien, Ukraine, Russland (insbesondere Nordkaukasus / Tschetschenien), Moldau. Auch viele Kurd\*innen aus verschiedenen Herkunftsstaaten (u. a. Türkei, Syrien, Irak, Iran) suchen unsere Beratung auf. Besonders stark von Ablehnungen, Leistungsausschlüssen und fehlender Beratung betroffen sind Menschen aus zu „sicheren Herkunftsstaaten“ erklärten Ländern.

### # Neues Deutschkurssemester

Wir sind weiterhin der Meinung, dass Zugang zu Sprachkursen für Menschen, die hier Schutz und Perspektive suchen, wichtig und sehr sinnvoll ist - für alle Seiten!

Wir können für das neue Deutschkurs Semester Dank vieler ehrenamtlicher Lehrkräfte wieder 11 neue Deutschkurse anbieten! Die Kurse sind wie immer hauptsächlich für Menschen, die aus aufenthaltsrechtlichen oder finanziellen Gründen keinen Zugang zu anderen Angeboten haben. Am 20. April starten neue Kurse der Lernstufen A1.1 bis B1, ein Konversationskurs, ein Alphabetisierungskurs und jeweils ein A1.1 und A1.2 Kurs für LGBTQI\*-Personen.

Die Kurse dauern 5 Monate. Die Anmeldung findet persönlich über die Deutschkurs-Sprechstunde statt. Informationen gibt es unter [dk-anmeldungen@kub-berlin.org](mailto:dk-anmeldungen@kub-berlin.org) oder während der Sprechzeiten bei uns im Büro. Die KuB ist keine zertifizierte Sprachschule und vergibt nur Teilnahmebescheinigungen. Offizielle Dokumente über Sprachtests können wir nicht ausstellen. Einmal im Monat bieten wir einen kostenlosen Ausflug in Berlin an, bei dem Teilnehmer\*innen die Sprache üben und die Stadt besser kennenlernen können.

Alle Informationen sowie den Stundenplan gibt es wie immer in 7 Sprachen auf unserer Deutschkurs-Seite: <https://kub-berlin.org/de/angebote/deutschkurse/anmeldung-und-stundenplan/>

### # Offener Brief: Generalverdacht gegen Familien gefährdet Kindeswohl!

Mit großer Besorgnis verfolgen wir mit über 40 Organisationen den Entwurf des „Gesetzes zur besseren Verhinderung missbräuchlicher Anerkennungen der Vaterschaft“. Familienkonstellationen mit „aufenthaltsrechtlichem Gefälle“ sollen bei der Vaterschaftsanerkennung unter Generalverdacht gestellt

werden. Zu einem entsprechenden Gesetzesentwurf gibt es am 25. Februar die Erste Lesung im Bundestag.

Der Entwurf sieht Prüfverfahren schon bei einer „abstrakten Möglichkeit des Missbrauchs“ vor sowie die Einbindung der ohnehin überlasteten Ausländerbehörden, die über keine fachliche Expertise im Familienrecht verfügen. Die Folgen:

- Gesundheitliche Gefährdung bei verpflichtenden pränatalen DNA-Tests
- Kein Zugang zu Familienleistungen wie Kindergeld oder Unterhaltsvorschuss
- Nachträgliche Aberkennung der Staatsbürgerschaft
- Kein Familiennachzug, fehlendes rechtlich gesichertes zweites Elternteil
- Fortlaufende Diskriminierung und psychische Belastung von Familien mit ungleichem Aufenthaltsstatus
- Schwächung sozial-familiärer Elternschaft gegenüber biologischer

Dazu haben wir einen [Offenen Brief](#) verfasst.

## [Aktuelles außerhalb der KuB]

### # Ende der behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung?

Das Bundesinnenministerium hat offiziell mitgeteilt, dass es plant, für das (erst 2023 gestartete und hart erkämpfte) Bundesprogramm Behördenunabhängige Asylverfahrensberatung inklusive der besonderen Rechtsberatung [für das Jahr 2027 keine Mittel](#) einzustellen. Das würde vermutlich das Ende des Bundesprogrammes bedeuten. Für Geflüchtete und Schutzsuchende bedeutet das eine weitere Aushöhlung ihrer Rechte. Für die Beratungsstellen bedeutet es weitere Kürzungen, also planerische Unsicherheit und (Teil-)Schließungen.

Offizielle Begründung: Eine im letzten Jahr durchgeführte Evaluation belegt laut BMI nicht eindeutig die Wirksamkeit des Programms. Dazu waren Methode und Datenlage aber auch nicht geeignet. Die Evaluation liegt uns nicht vor und ob eine Veröffentlichung erfolgt, ist unklar.

### # Zulassungsstopp bei freiwilligen Integrationskursen

Das Innenministerium erteilt keine Zulassungen mehr für kostenlose Integrationskurse für Menschen, die freiwillig teilnehmen. Wir halten diese Entscheidung wie viele andere für katastrophal. Menschen werden damit weitere Perspektiven, Teilhabechancen, Selbstbestimmung, Sozialkontakte und dringend nötige Ablenkung genommen.

Unsere eigenen Kurse werden zwar fast ausschließlich ehrenamtlich geleitet und sind davon nicht betroffen. Aber schon jetzt können wir bei weitem die Nachfrage nach Kursplätzen für Menschen ohne Zugang zu anderen Sprachkursen nicht decken.

Die Bundesländer Bremen und Niedersachsen haben nun einen Antrag eingebracht, damit der Zulassungsstopp aufgehoben wird.

**Am 27. März protestieren wir um 8.45 mit anderen Organisationen vor dem Bundesrat gegen den Zulassungsstopp!**

Bei all diesen Fragen stehen wir weiter fest an der Seite unserer Ratsuchenden und freuen uns, [wenn ihr uns dabei unterstützt!](#)

Solidarische und herzliche Grüße,

eure KuB